

NIEDRIGZINSPOLITIK DER ZENTRALBANKEN

„Billiges Geld ist ein Krankheitserreger“

Mit ihrer extrem expansiven Geldpolitik gehen die Notenbanken erhebliche Risiken ein. Anleger in Deutschland sollten das berücksichtigen.

VON GERD HÜBNER

Frankfurt – Noch nie war die Geldpolitik der Notenbanken so extrem expansiv. Die Leitzinsen befinden sich fast überall in der westlichen Welt auf oder nahe ihren historischen Tiefständen. Einlagenzinsen sind zum Teil im negativen Bereich. Zugleich kaufen die führenden Zentralbanken der Welt massiv Staatsanleihen, womit sie deren Renditen nach unten drücken. Laut Allianz Global Investors bringen rund 45 Prozent der Staatsanleihen aus dem Euroraum inzwischen eine negative Rendite.

Wie expansiv die Geldpolitik ist, zeigt sich besonders an den Bilanzen der Notenbanken. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird im Rahmen ihres derzeit laufenden Lockerungsprogramms, bei dem sie Staats- und seit Juni auch Unternehmensanleihen im Umfang von insgesamt 80 Milliarden Euro pro Monat erwirbt, ihre Bilanzsumme Schätzungen zufolge um rund 50 Prozent auf über drei Milliarden Euro ausweiten. Die US-Notenbank Fed hat ihre Bilanz seit 2008 in etwa vervierfacht. Mit all dem wollen die Notenbanken nach eigener Aussage, über die Ankurbelung der Kre-



Vorsicht Nebenwirkungen: Die Europäische Zentralbank betreibt derzeit eine extrem expansive Geldpolitik. Auf unserem Bild ist EZB-Chef Mario Draghi als Graffiti-Karikatur dargestellt; im Hintergrund die EZB-Zentrale in Frankfurt.

BILD (ARCHIV): REUTERS

ditvergabe und der Konjunkturdive, Inflation erzeugen.

Doch der Erfolg lässt auf sich warten. „In Europa“, macht Burkhard Wagner, Vorstand der Partners Vermögensmanagement, klar, „gibt es keinerlei Anzeichen einer annähernd gewünschten Inflationsentwicklung.“ Das heißt, in der Realwirtschaft kommen diese Effekte bislang nicht an. Dafür bringt diese Politik des

extrem billigen Geldes aber zahlreiche Risiken mit sich. „Der Zins“, erklärt Markus Steinbeis von der Huber, Reuss & Kollegen Vermögensverwaltung, „ist das wichtigste Korrektiv in einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft. Wird er manipuliert, dann kann das für große Verwerfungen an den Kapitalmärkten und der Realwirtschaft sorgen.“ Das beurteilt

Wagner ebenso. „Mit dieser massiven Geldversorgung werden die Fehlinvestitionen gefördert, die im Extremfall zu Blasenbildungen führen können.“

Wie eine solche Blase enden kann, das haben wir bereits einige Male erlebt. „Billiges und viel Geld war die Ursache der Immobilienkrise, die 2002 begann und 2008 platzte“, sagt Uwe Zimmer, Vorstand der Meridio Asset Management.

Anders ausgedrückt: Billiges Geld war immer der Krankheitserreger, „doch versuchen die Notenbanken immer wieder mit dem Mittel zu heilen, das die Krankheit verursacht hat.“ Die aktuelle Politik der Notenbanken befördert also die Verschuldung immer weiter, sorgt für Fehlanreize in der Realwirtschaft und kann Blasen an den Kapitalmärkten erzeugen. Zwar hat die US-Notenbank Fed inzwischen einmal die Zinsen erhöht. An eine nachhaltige Wende glaubt aber kaum jemand. Und diese Sichtweise bekam durch das Brexit-Votum in Großbritannien sogar noch zusätzliche Nahrung. Die ersten Experten gehen bereits davon aus, dass es neue quantitative Programme in Europa geben und die Fed den nächsten Zinsschritt auf 2017 verschieben wird.

Die Situation birgt gewaltigen Sprengstoff. Das könnte sich zeigen, wenn es zu einer neuen Wirtschaftskrise kommt. „Dann“, warnt Ralph Rickassel von der PMP Vermögensmanagement, „besteht die Gefahr, dass die Zentralbanken ihr Pulver verschossen haben.“ Ein anderes Risiko: Abrupt steigende Preise. „Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine sprunghaft ansteigende Inflationsrate, auch über die gewünschte Zielmarke von zwei Prozent hinaus, nicht mehr auszuschließen“, sagt Wagner. Im schlimmsten Fall könnte sogar das Vertrauen in das Geldsystem verloren gehen und zu dessen Zusammen-

bruch führen. Eine Sorge, die inzwischen nicht mehr nur einige Schwarzseher umtreibt. „Für den normalen Anleger ist diese Situation schon jetzt eine Katastrophe“, meint Rickassel. „Schließlich hat diese Politik dazu geführt, dass die Zinsen für risikoarme Anlageformen, wie Sparbücher, Staatspapiere oder Lebensversicherungen gegen null gesunken sind.“

Ähnlich beurteilt das Cornelia Klesse, Vorstand der Deutsche Kontor Privatbank. „Durch die anhaltende Niedrigzinsphase werden Anleihen immer mehr zu einem zinslosen Risiko“, sagt sie. Und Experte Steinbeis sieht bei Anleihen sogar „die größte Blase aller Zeiten“. Und auch andere Anlageklassen sind zum Teil nicht mehr ganz günstig. „Viele Anleger nehmen derzeit Kurse in Kauf, die durch die zu erwartenden Unternehmensgewinnen kaum noch zu rechtfertigen sind“, warnt Klesse. Das gelte insbesondere für nordamerikanische Aktien.

Die Expertin empfiehlt Anlegern ihr Vermögen über verschiedene Anlageklassen und Märkte breit zu streuen und große Einzelrisiken unbedingt zu meiden. Das heißt, Anleger sollten in ihrem Portfolio auch Aktien, Gold oder Immobilien berücksichtigen und zum Beispiel bei Aktien auf die Qualität achten. Mit einer breiten Streuung vermeiden sie zu große Risiken, bewahren sich aber die Chance, Kapital zu erhalten und vielleicht einen Zusatzertrag zu erwirtschaften.

AKTUELLES IN KÜRZE

Streit im Porsche-Prozess

Mehrere Investoren wollen im Prozess um ihre Milliardenklagen nach Porsches geplatzter VW-Übernahme nicht stillhalten. Das Landgericht Hannover will sämtliche Klagen gegen die Finanzholding Porsche SE (PSE) vorläufig aussetzen, bis eine Entscheidung in einem bevorstehenden Musterverfahren gefallen ist – dagegen wehren sich sieben klagende Anleger, darunter der US-Hedgefonds Elliott. Ihre Anwälte legten Beschwerde ein, wie das Landgericht Hannover bestätigte. Jetzt muss voraussichtlich das Oberlandesgericht Celle über die Beschwerde entscheiden.

Gewerkschaft lehnt „Robotersteuer“ ab

Gewerkschafter und Ökonomen lehnen eine Steuer für den Einsatz von Robotern ab. „Die Debatte um die Robotersteuer lenkt von den zentralen Herausforderungen ab“, sagte der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, der „Welt am Sonntag“. Der Wandel der Arbeitswelt müsse offensiv angegangen werden. Dazu gehörten mehr Investitionen in Weiterbildung, die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt und den Ausbau der Mitbestimmung. Nur so lasse sich hohes Beschäftigungsniveau künftig sichern.

DEUTSCHE BANK

Elf Filialen in Bayern fallen weg

Frankfurt – Die Deutsche Bank dünnt ihr Filialnetz aus. In Bayern werden deshalb im Laufe des Jahres 2017 elf der aktuell 59 Filialen wegfallen – ein Großteil davon in München. Das teilte die Deutsche Bank am Sonntag mit. Das Institut veröffentlichte im Internet eine Liste der betroffenen Standorte. Insgesamt sind es 188. Die Außenstellen sollen mit der nächstgelegenen Filiale zusammengelegt werden.

In Bayern liegen acht der elf betroffenen Filialen in München: an der Prinzregentenstraße, der Ungererstraße, am Kurfürstenplatz, am Max-Weber-Platz und am Wettersteinplatz. Geschlossen werden zudem die Filialen in Waldtrudering, im Olympia-Einkaufs-

zentrum und an der Universität. Außerdem werden die Deutsche-Bank-Kunden in Dachau künftig in München-Pasing betreut, die Bad Reichenhaller in Rosenheim und die Dillinger in Augsburg.

In Bayern beschäftigt die Bank zurzeit noch 663 Filialmitarbeiter. Das Geschäftsvolumen im Freistaat beträgt 26 Milliarden Euro.

Bundesweit am stärksten betroffen von den Schließungen ist Nordrhein-Westfalen. Im Laufe des Jahres 2017 sollen hier 51 Filialen wegfallen. In Berlin sind es 43 Filialen – darunter 26 der Tochter Berliner Bank. Das Institut hatte bereits im Juni im Zuge ihres Sparkurses angekündigt, dass gut ein Viertel der Filialen in

Deutschland geschlossen werden sollen – die Zahl der Standorte wird von 723 auf 535 verringert. Mit dem neuen Filialnetz reagiert die Bank nach eigenen Angaben außerdem darauf, dass immer mehr Kunden Online-Banking nutzen.

Immer weniger Menschen nutzten das Angebot, in eine Filiale zu kommen, sagte der Privatkundenvorstand der Deutschen Bank, Christian Sewing. Von den 188 Filialen, die geschlossen werden, sollen rund 30 an ländlichen Standorten in „Finanzagenturen“ umgewandelt werden. Diese sollen einen Großteil des heutigen Beratungsangebots weiter fortführen und über SB-Zonen mit Geldautomaten verfügen. mad/dpa

VOLKSBEGEHREN

Unterschriftensammlung gegen Ceta im Freistaat erfolgreich

München – Gegner des Freihandelsabkommens Ceta zwischen der EU und Kanada haben in Bayern nach eigenen Angaben schon jetzt mehr als doppelt so viele Stimmen wie nötig für ein Volksbegehren zusammenbekommen. Allein am Samstag hätten mehr als 50 000 Wahlberechtigte ihre Unterschrift abgegeben, sagte eine Sprecherin des Vereins „Mehr Demokratie“ am Sonntag in München. „Das gab's noch nie, ein Jahrhundertergebnis.“ Einige Unterschriftenlisten seien auch noch unterwegs. Nötig waren 25 000 Stimmen. Bis zum Ende der Frist am 1. August wollen die Initiatoren dennoch weitere Stimmen sammeln, sagte die Sprecherin: „Wir wollen ein deutliches Signal setzen.“

Ein breites Bündnis von Organisationen, darunter der Bund Naturschutz und das Umweltinstitut München, hatten die bayernweite Unterschriftensammlung am Mitt-

woch gestartet. Wenn 25 000 der abgegebenen Stimmen zulässig sind, kommt es zum Volksbegehren. Sollten sich



„Stop Ceta“: Kundgebung gegen das Freihandelsabkommen in München. FOTO: HAAG

dann binnen zwei Wochen mindestens zehn Prozent aller Stimmberechtigten in Bayern in Unterschriftenlisten in

den Rathäusern eintragen, kommt es zum Volksentscheid. Die Initiatoren wollen die Staatsregierung auf ein Nein im Bundesrat zu dem Handelsabkommen festlegen.

Das Abkommen soll Zölle und Bürokratie abbauen, einheitliche Standards schaffen und Investitionen und Handel erleichtern. Das soll auch Jobs schaffen. Umwelt- und Verbraucherschützer, Sozialverbände und Gewerkschaften kritisieren dagegen mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen, Schutzklauseln für ausländische Investoren und Klagemöglichkeiten vor Schiedsgerichten.

Das Ceta-Abkommen („Comprehensive Economic and Trade Agreement“), sozusagen die kleine Schwester des Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP), ist bereits ausverhandelt. Neben den EU-Gremien müssen auch die Parlamente der Mitgliedstaaten über das Abkommen abstimmen. dpa

DIE PFLEGE BRAUCHT HELFENDE HÄNDE.

ICH HELFE GERNE MIT.

INTEGRATION, DIE ALLEN HILFT.

DEUTSCHLAND KANN DAS.

Die Bundesregierung

Siba Wardeh kümmert sich als „Bufdi“ liebevoll um Senioren in Hof/Bayern. Pflegeheim-Leiterin Sabine Dippold freut sich über die Hilfe der jungen Syrerin. Die Bundesregierung fördert neue Stellen im Bundesfreiwilligendienst zur Integration von Flüchtlingen. Erfahren Sie mehr darüber und über das neue Integrationsgesetz:

www.deutschland-kann-das.de